

„Arbeitskreis NSU“ gegen Manipulation der Bürger



Der Innenausschuss

des Deutschen Bundestages beantragt Aktenherausgabe und leitet eine Überprüfung ein. Seit Ende Juni dieses Jahres wurden, von einer zunächst anonymen Quelle im Sicherheitsapparat, Akten zum Fall „NSU“ geleakt (PI berichtete). Nach einigen Monaten des Wegschauens und des Taubstellens hat jetzt die deutsche Politik auf die massiven Fälschungsvorwürfe des „Arbeitskreises NSU“ gegenüber den Ermittlungsbehörden reagiert: Wolfgang Bosbach hat den Arbeitskreis darüber informiert, dass nun die Münchner Gerichtsakten während des laufenden Verfahrens (!) dem Innenausschuss zugeleitet und überprüft werden sollen. **Update: „fatalist“-Blog gelöscht – Ersatzadresse und Infos am Sicherungsblog.**

Das NSU-Verfahren, dessen politische Implikationen seit Jahren dazu genutzt werden, die Interessen der etablierten Parteien durchzusetzen und die BRD in eine politisch korrekte Einheitszone zu verwandeln, steht vor einer Wende: Der Whistleblower „fatalist“ und sein Team im Arbeitskreis haben auf Basis des Studiums der Akten eine lange Reihe von haarsträubenden Widersprüchen in der behördlichen „Beweisführung“ herausgearbeitet. Eine kleine Auswahl:

- Neben den Leichen der „Selbstmörder“ Mundlos und Böhnhardt lagen keine leeren sondern volle Patronen aus den angeblichen Selbstmordtatswaffen,
- die Chefs von BKA und Bundesanwaltschaft haben den Innenausschuss mehrfach belogen, vor allem bezüglich der angeblichen Selbstmorde von Mundlos und Böhnhardt,
- die angebliche Mordwaffe „Ceska 83“ wurde der Öffentlichkeit ohne waffentechnische Überprüfung kurz nach Auffindung als Tatwaffe verkauft,
- die Fahrzeugausleihen des „Trios“ zu den Terminen der so genannten Dönermorde sind offenkundig manipuliert und beweisuntauglich.

Diese Widersprüche lassen den „NSU“ als ein Machwerk der Staatspropaganda und der Vertuschung erscheinen. „fatalist“ kommt zu dem Schluss, dass die so genannten Dönermorde nur mit Wissen des Staates oder aber gar nicht durch den „NSU“ verübt worden sein können. Das bezeichnet er als das „NSU-Axiom“.

Kürzlich wurde „fatalist“ zu den wichtigsten Punkten dieser Beweisführung interviewt:

„fatalist“ ist – nachdem das Totschweigen nicht mehr funktioniert – bereits von den Massenmedien des BRD-Establishments als rechtslastig verunglimpft worden. Sowohl das ehemalige Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ als auch die linke „Süddeutsche Zeitung“ haben sich an dieser Schmutzkübelkampagne beteiligt.

Vorgeworfen wurde ihm unter anderem die Beteiligung an einem angeblich rechtslastigen Internetforum; es stellte sich allerdings rasch heraus, dass ein Redakteur des „Spiegel“ dort Moderator ist. In einem zweiten Video-Interview, das sich mittlerweile schnell im Netz verbreitet, geht „fatalist“, der als glücklicher Familienvater in Kambodscha lebt, und den die

politische Korrektheit der Bunten Republik nicht kümmert, auf weitere Details zur Überprüfung der Akten und einschlägige Beweismittelfälschungen ein:

Der Fall „NSU“ entwickelt sich immer mehr zu einer Staatsaffäre: Eine politische Klasse, die den Bürgern eine staatlich inszenierte Komödie vorführt, um jede Selbstbestimmung zu untergraben, muss endgültig ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Zur Beschleunigung der notwendigen Aufklärung kann jeder beitragen, zum Beispiel durch die Verbreitung der von „fatalist“ bereitgestellten Informationen.

Im Gedenken an Britta Nurkowski



Tot ist nur, wer vergessen wird. Deshalb gedenken wir auch in diesem Jahr einer der aktivsten und intelligentesten Kämpferinnen gegen die Islamisierung Deutschlands. Heute vor sechs Jahren hat sich Britta Nurkowski, drei Tage nach ihrem 24. Geburtstag, aus sehr persönlichen Gründen das Leben genommen. Ihr leidenschaftlicher Einsatz für die Menschenrechte derer, die unter dem Terrorregime des Islam zu leiden haben, wird für uns immer ein leuchtendes Beispiel bleiben. Ruhe in Frieden, Britta. (Siehe auch *PI-Beitrag vom 18.10.08: Britta ist tot*)



PI-Exklusivbericht: Der Prozess gegen Islamkritiker Imran Firasat

☒ Wie angekündigt fand heute vor einem spanischen Gericht in Madrid die Verhandlung gegen Imran Firasat statt. Mit 40 minütiger Verspätung wurde der Christ und Islamkritiker Firasat um 11.00 Uhr in Handschellen und unter großem Polizeiaufgebot in den Gerichtssaal geführt. Hinter ihm liegt eine 53-tägige Isolationshaft, die, wie die spanischen Behörden betonten, zu seinem Schutz angeordnet wurde. In der Erklärung dazu hieß es, aufgrund der muslimischen Mitgefangenen wäre die Gefährdungslage für ihn zu hoch. Während der Haft fragte Firasat an, ob es nicht möglich sei, ihn in ein anderes Gefängnis mit weniger muslimischen Gefangenen zu verlegen, um nicht mehr in Isolationshaft einsitzen zu müssen. Daraufhin hieß es, dass überall Muslime einsäßen und er daher nirgendwo sicher sei.

Das Ansinnen Firasat aus einem mehrheitlich nicht muslimischen Land (Spanien) in ein mehrheitlich muslimisches Land (Indonesien) abschieben zu wollen, lässt die Frage nach der Urteilsfähigkeit der spanischen Justiz aufkommen. Wenn also schon in Spanien angeblich nicht für Firasats Sicherheit gesorgt werden kann, dann wohl noch viel weniger in Indonesien. Wäre das kein Asylgrund? Zumal sogar der oberste Islamrat Indonesiens in der Vergangenheit nicht nur ihn, sondern auch seine Frau und seine Kinder mit dem Tod bedroht hat. Firasat, der fließend Spanisch und sogar Japanisch

spricht, ist nicht nur dadurch bestens in die spanische Gesellschaft integriert. An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass Imran Firasat in der Vergangenheit nur deshalb seinen Asylstatus verlor, weil er durch seine islamkritische Arbeit für Spanien angeblich zu einem „Sicherheitsrisiko“ geworden sei und die Behörden Spaniens es daher wohl selbst gern sähen, wenn er das Land verlassen würde/müsste.

Vorgeführt wie ein Schwerverbrecher



Imran Firasat wird unter großem Polizeiaufgebot zum Gericht gefahren



In diesem Polizeitransporter sitzt Imran Firasat gefesselt in Handschellen



Die spanische Presse ist zahlreich vertreten



Hohe Sicherheitsvorkehrungen rund um das gesamte Gebäude

Der Prozess: Firasat, vorgeführt wie ein Schwerverbrecher, saß vor 4 spanischen Richtern. Die Staatsanwältin las die Anklage vor. Aufgrund einer Unterstellung der indonesischen Seite, dass Firasat im Jahr 2010 einen Mord in Indonesien begangen haben soll, wird die Ausweisung von dem größten muslimischen Land der Erde gefordert. Widersprüchlich ist, dass Firasat im Jahr 2010 bereits von Indonesien ausgewiesen wurde, weil man sich damals so einer unbequemen Person (Islamkritiker und Christ) entledigen wollte, weshalb Firasat am 7. Juli 2010 das Land verlassen hatte müssen. Wohlgedenkt, nur einen Monat

nachdem er eigereist war.



Reisepass mit dem Vermerk der Ausweisung

Jetzt ist man nach all der wissenschaftlich fundierten Islamkritik, die er mittlerweile veröffentlichte – er trat auch mehrfach im spanischen Fernsehen auf – anscheinend zu der Überzeugung gekommen, ihn auf eine andere Art und Weise mundtot machen zu müssen. Eine nicht unübliche Methode im Umgang mit unliebsamen Personen. Durch den Mordvorwurf wird natürlich auch darauf spekuliert, dass etwaige Unterstützer Firasats abspringen, was aktuell vereinzelt dann auch leider geschehen ist.

Im Gegensatz dazu ist das großartige Engagement seiner Anwälte hervorzuheben, die bisher auf eigene Kosten die Verfahren begleitet haben. Die zu erwartende Haftstrafe wurde aufgrund des Mordvorwurfs von ursprünglich 20 auf 35 Jahre angehoben, so der Inhalt des aktuellen Ausweisungsgesuchs Indonesiens. Eine Inhaftierung würde er wahrscheinlich nicht überleben. Auch werden Morde hinter Gefängnismauern von den Behörden im Nachhinein häufig als Selbstmorde ausgegeben. Für ihre ungeheuerlichen Mord-Vorwürfe gegen Firasat hat die indonesische Seite allerdings bis heute keine Beweise vorlegen können.

Die spanischen Richter unterbrachen die Ausführungen der Anwälte mehrmals, fragten nach und zeigten sich letzten Endes doch in vielen Punkten verständig, hinsichtlich der vorgetragenen Argumente der Verteidiger. Imran Firasat wird nun spätestens Dienstag erfahren, wie die Entscheidung ausfallen wird. Sollte er abgeschoben werden, wird er umgehend aus der Zelle direkt per Flugzeug den indonesischen Behörden übergeben werden.

Im Anschluss an die Verhandlung wurde Imran Firasat um 12.00 Uhr wieder in Handschellen, in Begleitung von Polizisten, in

die Isolationshaft geführt.

Für Infos oder Botschaften an Imran Firasat:

Rechtsanwalt Claudio Lobos Villanueva

» E-Mail: claudiolobos@icam.es

» An Imran via Facebook

» Protest an die spanische Regierung

» Protest an die spanische Botschaft in Deutschland

Presseabteilung der Botschaft von Spanien

Lichtensteinallee 1

10787 Berlin

Tel: + 49(0) 30 – 254 0 07- 215

Fax: + 49(0) 30 – 254 0 07- 216

PI wird zeitnah über den Ausgang des Verfahrens und die weiteren Umstände berichten.

Die CDU/CSU und der Papst – kein Zufall

✘ „Kardinäle und Bischöfe kritisieren den Zwischenbericht zur Familiensynode.“ Mit dieser Meldung beginnt ein Artikel im Internet-Portal „Christliches Forum“. Weiter heißt es: „Der US-amerikanische Kardinal Raymond Burke, der Vorsitzende der polnischen Bischofskonferenz sowie weitere hochrangige Würdenträger haben Teile des „Zwischenberichts“ zur vatikanischen Familiensynode beanstandet (...) Auch Kardinal Gerhard Müller, der oberste Glaubenshüter der katholischen Weltkirche, distanzierte sich deutlich von dem Halbzeitbericht, indem er ihn kurzerhand als „unwürdig, beschämend und komplett falsch“ bezeichnete“.

(Von Peter Helmes, *conservo*)

In der Union heißt es zu den „Modernisierungsbemühungen:

„Wir treten für eine Erneuerung der CSU (und der CDU, d. Verf.) auf christlich-konservativer und marktwirtschaftlicher Basis ein. Unsere Leitbilder sind die Grundsatzpositionen der CSU (und der CDU) und das christliche Menschenbild. Unser Bestreben gilt auch der Bewahrung von Gottes Schöpfung. Wir wollen, daß sich die CSU (CDU) auf ihre Grundwerte besinnt und die auf dem Christentum fußenden Werte, vor allem in Fragen des Lebensrechts, der Familie und der Würde des Menschen im politischen Alltag umsetzt...“.

Dies ist ein Auszug aus dem „Manifest“ für einen „Konservativen Aufbruch“ in der CSU, der natürlich auch für die CDU gemeint sein könnte.

„Morbus Zeitgeist“

Kein Zweifel, im Vatikan gärt es genauso wie in den beiden Unionsparteien. Im Grunde genommen handelt es sich bei beiden um die gleichen Symptome einer Virus-Erkrankung des hoch ansteckenden Typs „morbus modernitatis saecularumque“ (vulgo: morbus zeitgeist). Das Wendefieber grassiert in den Köpfen der Oberen und hat auch schon etliche Füße erreicht. Mählich wird der ganze Körper befallen.

Hie „Kirche der Armen“, da „Ausgrenzung wirtschaftsliberaler Positionen“

Dies gilt nicht nur für theologische Fragen. Auch die marktwirtschaftliche Orientierung scheint zu fehlen bzw. ist verlorengegangen. Und auch hier wieder eine verblüffende Ähnlichkeit zwischen Union und Vatikan, genauer: CDU und Papst. Franziskus bricht nicht nur eine Lanze für die Armen, was ja durchaus christlich ist, sondern predigt eine „Kirche der Armut“ und erhebt Armut quasi zu einer Tugend. Das aber

ist ein gewaltiger Unterschied. Wenn wir alle arm sind, sind wir vielleicht alle gleich. Aber dann gibt's auch keine Kirchensteuer, und der Vatikan hat nichts zu beißen. Ist das die Armut, die der Papst will?

Auf den Punkt gebracht: Es gibt keinen „Papst der Armen“, wie es auch keinen „Papst der Reichen“ geben könnte. Der Papst ist universal. Und sollte die römisch-katholische Kirche weiterhin ihrem Anspruch gerecht werden wollen, Kirche für alle zu sein, dürfte sie nie zulassen, Reiche gegen Arme auszuspielen (et vice versa).

Ein Ritt allein gegen die Reichen macht keinen Reichen ärmer und keinen Armen reicher. Wer die, die über Reichtum verfügen, per se diskreditiert, nützt den Armen reichlich wenig. Armut zu predigen, hat noch niemanden reich gemacht.

Der Papst unterliegt – wie viele andere auch – dem immer gleichen Mißverständnis: Wirtschaft funktioniert nur durch Wettbewerb! Das aber bedeutet systembedingt Ungleichheit. Anders ausgedrückt: Überall da, wo – auch aus gutgemeinten Gründen – der marktwirtschaftliche Hebel klemmt oder behindert wird, gibt es keinen Fortschritt. Es entstehen eben genau dort Mangel und Elend – was in gewissen Staaten (z. B. Nordkorea oder Kuba) auch heute noch besichtigt werden kann.

„Diese Wirtschaft tötet“

Man darf aber doch, nein man muß, die Frage stellen, wieviel die Kirche von Wirtschaft versteht, wenn Papst Franz folgender Satz zugeschrieben wird: „Diese Wirtschaft tötet“ (FAZ 24.12.13). Es ist auch nicht zu übersehen, daß solche Aussagen von „aufgeschlossenen, modernen“ Priestern Sonntag für Sonntag gepredigt werden (man schaue nur ´mal „Das Wort zum Sonntag“). Der Satz des Papstes klingt sehr radikal und absolut: „Diese Wirtschaft tötet!“ Es ist ein Satz aus seinem Lehrschreiben „Evangelii gaudium“.

Hoffentlich läßt sich Franziskus dadurch aber nicht von der

Erkenntnis ablenken, daß Kapitalismus in der Form der Sozialen Marktwirtschaft kein Teufelswerk, sondern im christlichen Sinne geradezu geboten ist. Die Frage heute also lautet eben nicht mehr: „Kapitalismus oder Sozialismus?“, sondern: „Welchen Kapitalismus wollen wir?“ – Oder kennt der Papst vielleicht einen „sozialen Sozialismus“? (Wobei ein solcher in der Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel sein dürfte.)

Ausgrenzung konservativer und wirtschaftsliberaler Positionen in der Union

Das, was ich in den vorstehenden Absätzen zum Bereich „Kirche und Kapitalismus“ geschrieben habe, klingt bei der Union („Konservativer Aufbruch“) frappierend ähnlich:

„Die Führungsgremien der CDU und der CSU haben die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre weitestgehend falsch interpretiert und setzen den Kurs der Ausgrenzung konservativer und wirtschaftsliberaler Positionen in vielen wichtigen Themenfeldern leider unbeirrt fort.(...)“

Vor genau dieser Entwicklung haben wir seit Jahren – leider vergeblich – gewarnt (...)

Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards. Sein Programm einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurzelt in zeitlos konservativen Tugenden: Für diese Tugenden – Fleiß, Leistung, Sparsamkeit, Verantwortungsbereitschaft, Zuverlässigkeit, Einsatzfreude und Hilfsbereitschaft – treten wir ein.“

„Unfaire Manipulation“ und „zweideutige Formulierungen“

Die sich dagegen wehren, stehen recht(s) hilflos daneben. Beklemmt müssen sie zuschauen, wie ein Organ nach dem anderen befallen wird und fault. Ihre Mahnungen will (fast) niemand hören – weder die von bedeutenden Kardinälen und Bischöfen auf der einen, noch die Kritik aktiver Unionsmitglieder besonders

aus der jüngeren Nachfolgegeneration auf der anderen Seite. High Noon in Rom, Berlin und München: Das „C“ in CDU/CSU und im Vaticano verliert seine Basis.

Ehefeindliche Ideologie

Der polnische Erzbischof Stanisław Godecki kritisierte „zweideutige“ Formulierungen und moniert sogar Spuren einer „ehefeindlichen Ideologie“ in dem umstrittenen Synodenbericht. Und der schwarzafrikanische Erzbischof Wilfrid Fox Napier von Durban erklärte skeptisch, der Zwischenbericht zur Synode sei „wenig hilfreich“ für die kirchliche Verkündigung. Lesen wir richtig? „Ehefeindliche Ideologie“? Das kennen wir doch aus den Diskussionen in den Unionsparteien! Welch' eine Parallele!

Laut dem US-amerikanischen Lebensrechtler-Nachrichtenportal „Lifesitenews“ gehören zu den Gegnern des Zwischenberichts neben Müller und Burke zudem die Kardinäle George Pell, Marc Ouellet, Angelo Scola, Andre Vingt-Trois, Carlo Caffara, Timothy Dolan, Fernando Filoni und Stanisław Rylko. Kurien-Kardinal Raymond Burke wirft dem Text unfaire „Manipulation“ vor, weil darin der wirkliche Debattenverlauf in der Synode nicht zutreffend aufgezeigt werde; Burke forderte daher den Papst zu einer Stellungnahme bzw. Klarstellung auf.

Stärkung der Familien statt „unnütze Diskussionen“

Derweil laufen sich in Stuttgart, Berlin und anderen Städten gläubige Christen die Hacken schief und protestieren für das Christentum und gegen die Familienfeindlichkeit von Grün-Rot bzw. Rot-Grün. Sie sind, so deucht mir, einsame Rufer in der Wüste; denn weder Männer vom Schlage der Merkels noch des Papstes wollen ihre Proteste hören. Wie forderten neulich die Grünen? „Weg mit der Familie!“ und „Sex für alle!“ Rot, Grün, Union, Kirche – erkennen Sie noch den Unterschied?

In der Kirche wird sonntags gepredigt, der Islam sei friedlich, und die Kirche dürfe nicht „im Dogmatismus erstarren“. Hallo Freunde, da steht sie doch schon lange nicht

mehr! Sie steht jedermann/jederfrau offen. Kirchenasyl für alle, auch (oder erst recht?) für „Asylanten“, die keine sind, sondern Schmarotzer.

Wo ist der Unterschied zwischen Kirche heute und Union heute? Sagt der Papst: „Wir lieben sie alle“ (oder so), ruft der Laschet: „Lasset die Moslems zu mir kommen; denn sie bereichern unser Leben...“ (oder so).

Ehe und Familie spielen in der Union nur noch eine Papierrolle, und die katholische Kirche sieht da wohl den gleichen Handlungs- und Nachholbedarf. Der Präfekt des obersten vatikanischen Gerichts (Apostolische Signatur) stellte erneut fest, daß die Zulassung von geschieden „Wiederverheirateten“ zum Tisch des HERRN mit der Unauflöslichkeit der Ehe unvereinbar sei. Statt also „unnütze Diskussionen“ zu führen, möge die Kirche lieber katholischen Familien in aller Welt helfen, „die sich trotz aller Schwierigkeiten nicht von dem lösen wollen, was das Evangelium sie lehrt.“

Vatikan und Union auf der Suche nach ihrer eigenen Identität? Ja! Aber beide könnten sich ohne fremde Hilfe besinnen, wenn sie sich endlich mal wieder auf ihre Grundwerte besännen. Der Kirche hülfe ein Blick ins Evangelium. Und der Union könnte ein Blick ins Gründungsmanifest des „Konservativen Aufbruchs“ Richtschnur sein:

„Die Institutionen „Ehe und Familie“ sind die wichtigsten Grundlagen unseres Gesellschaftsmodells. Auch das Leitbild „Vater, Mutter, Kind“ ist kein Auslaufmodell, sondern der elementare Grundpfeiler unserer Gesellschaft! Jetzt und in Zukunft!

Unsere Initiative wird alles daran setzten, dass die CSU „Ehe und Familie“ weiterhin schützt und fördert! So wie es der Art. 6 GG vorsieht. Wir sprechen uns strikt dagegen aus, dass die sinnlose, ideologische und unwissenschaftliche „Gender-Mainstreaming“-„Forschung“

weiterhin staatlich gefördert wird...“

Was der „Konservative Aufbruch“ da schreibt, klingt wie eine Mahnung an Union und Kirche – Mahnung und Klage! Es ist höchste Zeit für eine Wende, aber eine andere als die im Vatikan und bei der Union. Die Wende muß heißen: Zurück zu unseren abendländischen Werten!



Abtreibung – ein neues Menschenrecht?

✘ PI bewarb die in Berlin stattfindende Veranstaltung „Marsch für das Leben“ und berichtete u. a. über die Verächtlichmachung der Teilnehmer durch die „heute show“ (ZDF) und linke Radikalinskis. Die Wut über Politik und Medien, die gemeinsam den Schutz ungeborenen Lebens lächerlich machen wollen, darf nicht die wichtigen Inhalte vergessen machen, weswegen die Initiatoren sich den teils heftigen Angriffen linker Extremisten überhaupt aussetzen. Ebendiese Initiatoren haben deshalb im Sinus-Verlag einen Sammelband neu herausgebracht, der fachlich fundiert die vorgeburtliche Tötung von Kindern und deren ständige Verharmlosung kritisiert.

Dass weltweit Abtreibung als aktives Element der „Familienplanung“ anerkannt wird, hängt damit zusammen, dass

die Befürworter des Kindsmordes von einem „Recht auf Abtreibung“ der werdenden Mütter ausgehen. Sie sind damit erfolgreich: Mehr als einhunderttausend Kinder werden alleine in Deutschland jedes Jahr abgetrieben! Die vorwiegend linken Propagandisten der Abtreibung als Menschenrecht verweigern das Menschenrecht auf die bloße Existenz wehrloser Geschöpfe. Argumenten sind sie nicht zugänglich. Der rotgrüne Abtreibungsfan demonstriert lieber für Tierschutz als für die Lebenschance zahlloser Babys, die einfach keine Lobby haben. Doch es regt sich Widerstand gegen die Praxis des Tötens. Jedes Jahr nehmen mehr Bürger an der Veranstaltung teil, jedes Jahr werden mehr Bürger mit der schrecklichen Thematik vertraut gemacht.

Für diese Menschen eignet sich der Band „Abtreibung – ein neues Menschenrecht?“ Hervorragend als Vertiefung des eigenen Wissens und als kompakte Argumentationsgrundlage. Der riesige Themenkomplex des so oft verharmlosten „Schwangerschaftsabbruchs“ wird von den teils namhaften Autoren erörtert. Verschiedene Ebenen (Deutschland, Europa, UNO) werden ebenso beachtet, wie die theoretische und praktische Lage der Abtreibungsdebatten in der Welt. Aber auch ganz lebensnahe Situationen werden untersucht, so etwa die Rolle der Ärzteschaft oder in einem Beitrag über „Erfahrungen mit Paaren im Schwangerschaftskonflikt“. Für die Anhänger einer notwendigen Gegenöffentlichkeit empfiehlt sich die wiederholte Lektüre des Beitrags von Martin Lohmann. Der Chefredakteur des katholischen Privatsenders K-TV untersucht die mehr als traurige Rolle der hiesigen Medien und sagt mit Nachdruck, dass es keinerlei Entschuldigung für derartige gezielte Wissensverweigerung gibt.

Lohmanns Plädoyer für das Leben rundet einen Band mit mehr als zehn ausgezeichneten Beiträgen ab. Man kann nur hoffen, dass das Buch helfen wird, das Bewusstsein für das uneingeschränkte Recht auf Leben eines jeden Menschen, auch jener im Mutterleibe, neu zu schärfen. Egal ob mit Demonstrationen oder

mit sachkundigen Informationen aus Büchern: Aufklärung tut Not!

Bestellinformation:

» Büchner, Kaminski, Löhr (Hg.): „Abtreibung – Ein neues Menschenrecht?“ (14,80 €)

Pat Condell: Schweden – ein Narrenschiff

Pat Condell geht hart ins Gericht mit den Schweden. Nicht nur ob ihrer bizarren Entscheidung Palästina, ein Land das gar nicht existiert, anzuerkennen, sondern auch wegen ihres kultursuzidalen Verhaltens bei den jüngsten Wahlen. Nur 13 Prozent stimmten für die einzige Partei, die sich gegen die moslemische Masseneinwanderung stellt. Dank der offenen Türen für Menschen aus der dritten Welt sei Schweden so etwas wie die Vergewaltigungshauptstadt Europas. Migrant*innen dürften aber dort sowieso alles, erklärt er. Randalieren, Autos anzünden, mit Steinen nach der Polizei werfen, wie kürzlich erst wieder in Stockholm. Sie würden nicht verhaftet dafür. Offizielle Begründung (das ist kein Scherz): Man wolle die Täter nicht provozieren.

Der Pöbel weiß, dass Gewalt funktioniert in Schweden. Aber wer sich offen gegen diesen Wahnsinn ausspricht, läuft Gefahr verhaftet zu werden, sagt Condell. Allerdings nur, wenn die schwedische Polizei, die sich zum Gespött Europas mache, nicht gerade mit Weglaufen vor dem gewalttätigen Moselmmob beschäftigt sei. Die Polizei fürchte sich und deshalb habe auch die schwedische Gesellschaft zu Recht Angst.

„Wann wird Schweden voll sein mit Moslems?“, fragt Condell. Niemals! Denn nicht einmal diese Frage dürfe gestellt werden. Aber die Schweden wollten es offenbar so, sie hätten es verdient, dass in jeder Straße eine Moschee steht und der Muezzin fünf Mal am Tag vom Minarett plärrt. „Ihr habt gesehen was kommen wird, eure Nachkommen werden den Preis für eure unverantwortliche Dummheit und Feigheit bezahlen, sie werden sich erinnern und euch verfluchen, für das was ihr ihnen angetan habt, vor allem die Frauen“, klagt er an. „Ihr seid eine Gesellschaft von Lemmingen – ein Narrenschiff. Stellt euch ein, auf das was kommen wird: presst euren Kopf auf den Boden, hebt den Hintern in die Höhe, verhüllt eure Töchter, (..) denn ihr habt ein One-Way-Ticket ins siebente Jahrhundert gebucht. Goodbye Sweden, hello Swedistan.“

Einwanderung: „Wirkliche“ Fachkräfte meiden Deutschland

☒ Hochqualifizierte Fachkräfte aus Staaten außerhalb der EU wandern selten nach Deutschland ein. Sie machen bisher nur wenig Gebrauch von den erweiterten rechtlichen Zuwanderungsmöglichkeiten. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor, wie die Rheinische Post berichtet. Demnach nutzten im Vorjahr nur 475 Akademiker die Möglichkeit, ein Sechs-Monats-Visum für die Arbeitsplatzsuche in Deutschland zu erhalten. *(Den kompletten Artikel gibt es in der ZEIT. Zum Thema noch ein Vortrag von Udo Ulfkotte: „Wohlstandsvernichtung durch Zuwanderung“)*



Spanien: Hilferuf! Prozess gegen Ex-Moslem Imran Firasat – Ausweisung wäre sein Tod

✘ Imran Firasat ist mittlerweile Christ, auch seine ganze Familie ist zum christlichen Glauben konvertiert. Heute findet in der spanischen Hauptstadt Madrid eine Gerichtsverhandlung gegen Firasat statt. Der Generalstaatsanwalt verlangt die Ausweisung ins muslimische Indonesien. Begründet wird dies aufgrund falscher Anschuldigungen aus Indonesien, für die Firasat bereits 2009 von einem spanischen Gericht freigesprochen wurde. Er hat Angst nach Indonesien abgeschoben zu werden, da er zu Recht befürchtet in seiner Heimat wegen Abfalls vom Islam getötet zu werden. Sein Asylstatus wurde aufgrund des Filmes „The-Innocent-Prophet“ von den spanischen Behörden widerrufen. Offiziell wurde er als „Sicherheitsrisiko“ für Spanien eingestuft und die Ausweisung polizeilich angeordnet.

Imran Firasat floh nach Norwegen. Dort begab er sich in ein Asylverfahren und wurde nach nur 8 Tagen auf der Straße wie ein Terrorist verhaftet, kam ins Gefängnis und wurde anschließend nach Spanien deportiert. Von der UDI, der norwegischen Einwanderungsbehörde wurde er nicht ein einziges Mal angehört.



Protestkundgebung für Imran Firasat in Norwegen

Nun hat man in Spanien das eigentlich 2009 eingestellte Verfahren wieder eröffnet – wegen angeblich nicht geleisteter Strafzahlungen und Gebühren in Indonesien. In Indonesien warten die großen islamischen Gruppierungen darauf, ihn für seine Schriften und Filme über den Islam zu bestrafen. Auch wurden bisher mindestens zwei Fatwen gegen ihn ausgesprochen, ihn zu töten.

Imran Firasat schreibt in einem aktuellen offenen Brief (Auszüge):

Eine Botschaft von Imran Firasat

Alles kann kritisiert werden, nur nicht der Islam. Warum? Aus Angst vor der islamischen Gewalt. Ich bereue nicht den Film und die Schriften produziert zu haben. Ich werde niemals meine Meinung darüber ändern, dass der Islam eine ernst zu nehmende Gefahr für die westliche Gesellschaft ist, weil der Islam die Kontrolle über die Freiheit, unsere Kultur und den Frieden übernimmt. Wenn wir nicht jetzt eine Lösung für diese Bedrohung finden, werden wir in 15 bis 20 Jahren unter der Scharia leben.

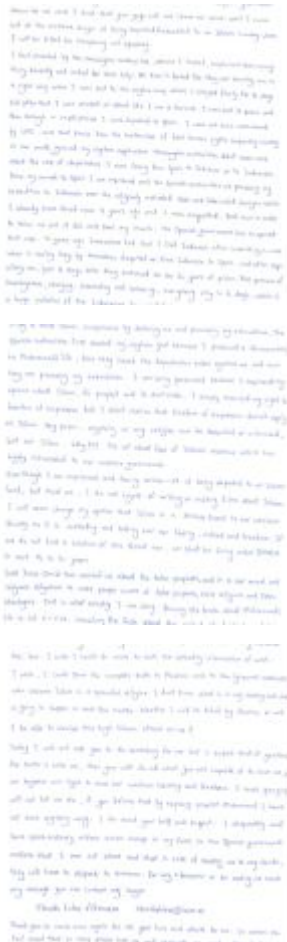
Jesus hat uns vor falschen Propheten gewarnt. Die Wahrheit über Mohammeds Leben zu sagen ist nicht kriminell. Faktisch werde ich von den westlichen Behörden wie ein Krimineller behandelt, wurde verhaftet, ohne ein Gesetz gebrochen zu haben.

Ich wünschte, ich könnte mehr tun, um die Ausbreitung des Islams im Westen zu verhindern!

Ich brauche Eure Hilfe und Eure Unterstützung, damit die spanische Regierung merkt, dass ich nicht allein bin und die spanische Regierung – wenn sie mich in den Tod schickt – sich

vor jemandem verantworten muss.

Mit besten Grüßen Imran



Für Infos oder Botschaften an Imran Firasat:

Rechtsanwalt Claudio Lobos Villanueva

- » E-Mail: claudiolobos@icum.es
- » An Imran via Facebook
- » Protest an die spanische Regierung
- » Protest an die spanische Botschaft in Deutschland

Presseabteilung der Botschaft von Spanien

Lichtensteinallee 1

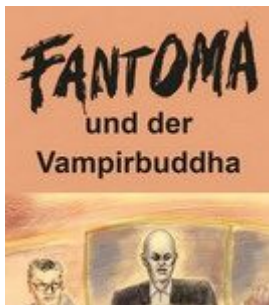
10787 Berlin

Tel: + 49(0) 30 – 254 0 07- 215

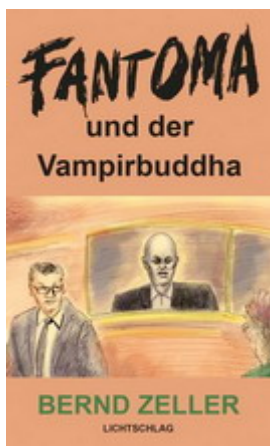
Fax: + 49(0) 30 – 254 0 07- 216

PI wird zeitnah über den Verlauf des Verfahrens und die

weiteren Umstände berichten.



Neuer Zeller: Fantoma und der Vampirbuddha



Warum plant Winfried Kretschmann die scheußlichste Kunstaussstellung aller Zeiten und warum gerät der Talk bei Anne Will außer Kontrolle? Fantoma, die skrupellose Verbrecherin mit tausend Maskierungen, ist zurück und macht die Gesellschaft unsicher. Wird es Kommissar Schüff mit seinem neuen Assistenten diesmal schaffen, sie zu schnappen? Oder erst in der

Fortsetzung? Grausen und Schauer sind in Bernd Zellers neuestem satirischen Werk garantiert, jedenfalls für alle politisch Interessierten.

Hier eine Leseprobe:

Anne Will wirkte angespannt. Ihre Talkrunde zum Thema „Alles Grün – Haben die Grünen ausgedient?“ verlief lebhaft zwischen den Diskutierenden Claudia Roth, Renate Künast und Kathrin Göring-Eckardt sowie dem Quotenjournalisten Hans-Ulrich Jörges vom Stern bis zur zwanzigsten Sendeminute, als Claudia Roth

auf die Nachfrage der Moderatorin, ob denn die jüngere Generation zu den Wurzeln der Grünen noch den ausreichenden Bezug haben könnte, erst ungewöhnlich lange schwieg und, als Renate Künast losplärren wollte, ihr mit einer Handbewegung Einhalt gebot, bevor sie mit einer Gegenfrage antwortete: „Ja denken Sie denn, mir macht das Spaß?“

In Anne Wills Ohrhörer blieb es nur kurz still, bis die Anweisung der Redaktion lautete: Stop, Themenwechsel sofort. Anne Will zog eine weitere Karteikarte hervor und setzte an, Katrin Göring-Eckardt zu fragen, ob ein Bündnis mit der CDU in naher Zukunft die Gefahr berge, populistischen Tendenzen in der CDU Vorschub zu leisten, da brauste Claudia Roth auf: „Sie haben meine Frage nicht beantwortet, Frau Will. Allen geht es doch nur um ihren Spaß.“ Das Publikum applaudierte. Claudia Roth fuhr fort: „Wir sind die einzigen, die keinen haben. Uns geht es allein um Geld. Wir wollen Geld, und zwar viel Geld. Genau wie alle anderen auch.“ Der Applaus fiel etwas zögerlicher aus, die Kapitalismuskritik erschien dem Publikum etwas verwaschen. „Aber wir können nicht so tun, als würden wir es verdienen, wie etwa Sie, Frau Will, und ihre Redakteure und Sendergremien, die alle ihre Zuständigkeit mit Tätigkeit verwechseln. Wir können nichts als grün sein und wollen dafür Geld vom Staat. Dazu müssen wir uns ständig neue Sünden ausdenken. Ja, Sie haben richtig gehört, Sünden. Alles, was eigentlich normal ist, soll schlechtes Gewissen machen. Sie und alle anderen, wir alle grenzen aus, ständig, jeden Tag. Deshalb und nur deshalb machen wir Ausgrenzung zu dem großen Übel, das es zu bekämpfen gilt.“ Renate Künast und Katrin Göring-Eckardt saßen wie erstarrt. Anne Will wollte ihr das Wort abschneiden, wusste aber nicht, womit. „Wir alle“ fuhr Claudia Roth fort, „sind schlecht für die Umwelt und wir alle haben Vorurteile. Wer es schafft, daraus ein schlechtes Gewissen zu erzeugen, hat Macht, und diese Macht benötigen wir, um daraus Abgeordnetenmandate und Staatssekretärsposten und Beauftragtenämter zu generieren, denn nur so gibt es Geld für uns.“

Eine Frau versuchte in diesem Moment, durch die Zuschauerreihen auf die Bühne zu stürmen, wurde aber von den Sicherheitskräften zurückgehalten.

„Lassen Sie mich los!“, schrie sie. „Sie wissen wohl nicht, wer ich bin?“

Anne Will versuchte, den Vorfall zu übergehen, sie wusste nicht, ob am Fernsehbildschirm davon etwas zu sehen und hören gewesen wäre, deshalb erklärte sie: „Es gab wohl einige Aufregung, es scheint, als ob Ihre Auffassung reichlich Widerspruch ausgelöst hat, Frau Roth.“

„Aber das bin ich!“, rief die Frau, die zum Ausgang gedrängt wurde. „Ich bin Claudia Roth.“

„Eine Verrückte offenbar“, sagte Claudia Roth, die auf der Bühne.

„Nein, ich bin die echte Claudia Roth, sie ist eine Schwindlerin!“

Anne Will blickte entschuldigend zu ihrer Gesprächspartnerin. „Man identifiziert sich jedenfalls mit Ihnen“, sagte sie, während die verzweifelten Rufe weiter erschallten, jedoch nicht mehr über die Mikrofone für die Fernsehzuschauer vernehmbar waren: „Eine Homophobe! Eine Klimahasserin!“

Bei diesem Wort ging ein Raunen durch die Menge. Auch Renate Künast und Katrin Göring-Eckardt sahen erst einander an, dann zu der Frau, die sich als ihre ehemalige Parteichefin ausgab, und riefen entsetzt: „Das ist nicht Claudia Roth!“

Hans-Ulrich Jörges vom Stern setzte nach: „Die kam mir gleich so sonderbar vor.“

Anne Will rief: „Können wir die Frau nochmal sehen?“, woraufhin die Sicherheitskräfte sie von der Ausgangstür zurück zur Bühne schleiften.

„Dann macht's gut, ihr Trottel!“, rief die Frau, die bis eben noch für Claudia Roth gehalten worden war, warf eine Rauchbombe, deren Rauch die gesamte Talkrunde vernebelte, und verschwand, während die Rauchmelder Alarm gaben und die Sprinkleranlage auslösten.


Der Aufnahmeleiter reichte Anne Will einen Regenschirm. Der Rauch legte sich, auf dem Sitz, den die falsche Claudia Roth freigemacht hatte, lag, neben der abgestreiften Claudia-Roth-Maske, eine Grußkarte mit der Aufschrift: „Einen schönen Talk noch. FANTOMA“.

Claudia Roth, die echte, streifte die restlichen Fesseln von ihren Handgelenken, setzte sich und sagte: „Da bin ich. Kann losgehen.“

Bestellmöglichkeit:

» Bernd Zeller: „Fantoma und der Vampirbuddha“ (8,90 €)

Loblied auf die flexible Abschottung

 Es ist paradox: Staaten, die als traditionelle Einwanderungsländer gelten, verhalten sich ganz anders als die Staaten, von denen verlangt wird, sie sollten sich doch endlich wie Einwanderungsländer verhalten. Die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika, Australiens oder Kanadas würden niemals den Lehrsätzen standhalten, die selbstgerechte Moralisten gern für Deutschland oder die Europäische Union bereithalten. Kanada,

auf das immer wieder ein Loblied gesungen wird, lehnt mehr als jeden zweiten Asylbewerber ab – auf einem zahlenmäßigen Niveau, das sehr weit unterhalb desjenigen Deutschlands liegt – und lässt Flüchtlinge nur über private Organisationen oder über „Resettlement“-Programme ins Land. Das entspricht den deutschen Programmen für „Kontingent-Flüchtlinge“, also Flüchtlinge, die nicht einfach kommen, sondern gezielt ausgewählt werden.. *(Den kompletten Kommentar von Jasper von Altenbockum gibt es in der FAZ).*

Bad Bevensen: Asylbetrüger logieren in „Villa am Park“

✘ Bad Bevensen ist eine Kleinstadt nördlich von Uelzen in Niedersachsen. Wie in vielen Städten Deutschlands sind die Schulen des kleinen Kurortes teilweise in äußerst schlechtem Zustand. Laut Schulleitung ist aber kein Geld für eine Sanierung vorhanden. Viele Bürger arbeiten die ganze Woche hart und das über 40 Jahre lang. Eine Villa können sie sich trotzdem nicht leisten. Ehrerbietig und über die Köpfe der Bürger hinweg wird jetzt aber fünf arbeitslosen Männern aus Algerien die „Villa am Park“ an der Ebstorfer Straße zur Verfügung gestellt. Fünf weitere „Asylbewerber“ werden in den nächsten Tagen folgen.

(Von Verena B., Bonn)

Nun ist der gute Bürgermeister Martin Feller emsig bemüht, den „Bedürfnissen“ dieser Asylbetrüger gerecht zu werden: Schließlich sind diese wichtiger als die Bedürfnisse der Bad Bevenser Bürger!

Az-online berichtet:

(..) Für die Unterbringung von Asylbewerbern ist der Landkreis zuständig. Die bessere Verständigung soll durch Sprachkurse von der Kreisvolkshochschule und ehrenamtliche Dolmetscher gelingen.

„Wir müssen jetzt erstmal sehen, was für Bedürfnisse sie haben, wo wir helfen können“, kommentierte Bad Bevensens Bürgermeister Martin Feller die neue Situation. Denn eigentlich hatte er erst zu einem späteren Zeitpunkt mit der Einquartierung der ersten Flüchtlinge in dem Haus nahe des Medinger Waldes gerechnet. Bei einem ersten Besuch in dem vom DRK-Kreisverband an den Landkreis Uelzen vermieteten Gebäude, das früher als Übernachtungsbetrieb genutzt wurde, verschaffte sich Feller einen Eindruck. Sein Fazit: der erste Kontakt war offen von beiden Seiten. Bei der Kommunikation hakt es allerdings noch etwas: Dringend würden vor allem Dolmetscher gebraucht, die ins Arabische und ins Französische übersetzen können.

Hoffentlich entspricht die Villa am Park den vorgeschriebenen Standards eines Vier-Sterne-Hotels, sonst gibt es Ärger mit den Asylbeauftragten! Aber dafür scheint gesorgt zu sein. Und was die Zukunft angeht: Alles kein Problem für das „reiche“ Städtchen: In sechs Wochen lernen die Männer Deutsch, in sechs Monaten haben sie eine Berufsausbildung als Ingenieur oder Arzt absolviert und können dann den Arbeitsmarkt bereichern, wo qualifizierte deutsche Fachkräfte keine Arbeit finden. Schon bald können die „Flüchtlinge“ dann ihre Familien aus Algerien zu sich holen und glücklich im Schlaraffenland leben. Sollte es mit Ausbildung und Job nicht klappen, ist das auch nicht weiter schlimm: Rundumversorgung bis ans Lebensende garantiert der hilfsbereite deutsche Steuerzahler!

Portugal: Ganze 210 Asylanträge im laufenden Jahr



[...] während in Deutschland die Asylzahlen auf Rekordniveau steigen, übernehmen viele europäische Länder nur begrenzt Verantwortung für die Schutzsuchenden. Ganze 210 Asylanträge wurden in Portugal im laufenden Jahr bis Ende Juli gestellt.

Zahlen des Europäischen Statistikamtes Eurostat, die der „Welt“ vorliegen, legen auch für die weiteren Südländer ein relativ geringes Engagement für Asylbewerber nahe. So hat Spanien 2640 Anträge zu verzeichnen, Griechenland 5735 und Italien 30.755. In Deutschland wurden im selben Zeitraum 94.200 Anträge gestellt.

[...] Im laufenden Jahr haben laut Bundesinnenministerium in Deutschland von Januar bis September insgesamt 136.039 Personen Asyl beantragt, darunter 116.659 als Erstanträge und 19.380 als Folgeanträge. Das sind schon jetzt mehr als im gesamten Jahr 2013. Der Präsident des deutschen Städtetages, Ulrich Maly (SPD) rechnet mit einem noch stärkeren Anstieg als bislang erwartet. „Ich gehe davon aus, dass im Jahr 2014 nicht 200.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, sondern dass es eher 220.000 oder 230.000 sein werden“, sagte Maly am Mittwoch der „Rheinischen Post“.

Bereits im Jahr 2013 hatte Deutschland vor den Vereinigten Staaten und Südafrika weltweit die meisten Asylerstanträge bearbeitet: 109.600 waren es nach Zahlen der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR).

Hinzu kommen etwa noch Asylbewerber, die nach einem

abgelehnten Erstantrag einen Folgeantrag stellen und die sogenannten Kontingentflüchtlinge aus Syrien, die keinen Asylantrag stellen müssen. Insgesamt zählt die UNHCR zum Jahresende 2013 für Deutschland 334.857 registrierte Asylberechtigte und -bewerber, Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte, Personen mit Abschiebeschutztitel und Staatenlose. In Spanien waren es 9.251.

(Auszug aus einem Artikel von Marcel Leubecher in der WELT. Wir sagen: Glückwunsch an die Südeuropäer. Deren Regierungen haben anscheinend kein Interesse daran, Wirtschaftsflüchtlinge durchzufüttern. Die Anerkennungsquote nach Art. 16 a GG liegt seit 2002 bei unter zwei Prozent, siehe Aufstellung Seite 9 des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge)